

Sozialpolitische Positionen zur Dresdner Stadtratswahl am 26.05.2019

herausgegeben vom Netzwerk Existenzsicherung und Menschenwürde

Inhaltsverzeichnis

Einleitung / Selbstverständnis des Netzwerks Existenzsicherung und Menschenwürde	2
Fragenkatalog des Netzwerks Existenzsicherung und Menschenwürde	3
<i>Antworten der Parteien:</i>	
FDP	4
SPD	6
DIE LINKE	10
Piraten	14
Bündnis 90 / Die Grünen	20
CDU	25
Bündnis Freie Bürger Dresden	28

Einleitung

Am 26.05.2019 wählen die Dresdnerinnen und Dresdner den Stadtrat, der ihre Interessen in den kommenden fünf Jahren vertreten soll.

Das Netzwerk Existenzsicherung und Menschenwürde hat dies zum Anlass genommen, Parteien nach ihren sozialpolitischen Standpunkten und Zielen zu befragen.

Fachkräfte aus verschiedenen sozialen Einrichtungen Dresdens haben einen Fragenkatalog erarbeitet. Aus ihrer täglichen Arbeit sind sie mit den Themen vertraut, die Menschen bewegen, die auf existenzsichernde Leistungen angewiesen sind: bezahlbares Wohnen, sozialer Zusammenhalt, soziale und kulturelle Teilhabe (z.B. Sozialticket / Dresden-Pass), bürgernahe Verwaltung usw.

Damit Sie diese Themen in Ihre Wahlentscheidung einbeziehen können, werden die Antworten der Parteien im Folgenden unverändert und ungekürzt wiedergegeben.

Die Reihenfolge richtet sich danach, wann die Antworten beim Netzwerk Existenzsicherung und Menschenwürde eingegangen sind.

Die Freien Wähler und die AfD haben, auch auf Nachfrage, nicht reagiert.

Selbstverständnis des Netzwerks Existenzsicherung und Menschenwürde

Im Netzwerk Existenzsicherung und Menschenwürde, welches sich 2013 in Dresden gegründet hat, kooperieren derzeit etwa 50 soziale Einrichtungen verschiedener Trägerschaft (u.a. Beratungsstellen, Jugendhilfe-Einrichtungen, Initiativen).

Gemeinsam ist allen Teilnehmenden, dass sie in ihrer täglichen Arbeit mit Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt Dresden zu tun haben, die aufgrund ihrer Lebenssituation gegenwärtig auf existenzsichernde Leistungen (z.B. nach dem SGB II / XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz) angewiesen sind.

Das Netzwerk hat sich gegründet, um miteinander enger zusammenzuarbeiten sowie Informationen und Erfahrungen auszutauschen.

Darüber hinaus möchte das Netzwerk Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Leistungen zur Existenzsicherung zusammentragen, darauf gemeinsam aufmerksam machen und in Kooperation mit den Leistungsträgern konstruktive Veränderungsvorschläge erarbeiten.

Vorhandene Armut und daraus resultierende Benachteiligungen für Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Dresden sollen durch die Arbeit des Netzwerkes sichtbar werden, den Interessen einkommensschwacher Haushalte soll Gehör verschafft werden.

Das Netzwerk bekennt sich zu den Werten des Grundgesetzes, insbesondere Bezug nehmend auf Art. 3 Abs. 3 („*Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.*“) und sieht Verschiedenheit als Chance auf Entwicklung in unserer Gesellschaft.

Kontakt: nw-existenzsicherung@gmx.de

Fragenkatalog des Netzwerks Existenzsicherung und Menschenwürde zur Kommunalwahl 2019

1. Welche sozialpolitischen Schwerpunkte setzen Sie für die nächsten 5 Jahre?

2. Thema Wohnen

- Bedarf es des sozialen Wohnungsbaus in Dresden und wenn ja, wie viele Sozialwohnungen will Ihre Partei in Dresden pro Jahr bauen und mit welchen Mitteln? Wie viele davon werden barrierefrei sein?
- Was planen Sie bezüglich der Belegungsrechte, wenn die Bindungsfrist bei der VONOVIA ausläuft?
- Was beabsichtigen Sie gegen steigende Mieten zu tun?

3. Sozialer Zusammenhalt

- Was planen Sie für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu tun, u.a. auch um der Konzentration von prekären Milieus in einzelnen Stadtteilen entgegenzuwirken?
- Welche Maßnahmen sind für Sie wichtig, um Zugewanderte und Alteingesessene miteinander ins Gespräch zu bringen?
- Welche Einrichtungen, Angebote und Maßnahmen für Menschen mit psychischen Erkrankungen wollen Sie weiterhin fördern bzw. neu schaffen, um diesen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und deren Stigmatisierung entgegen zu wirken?

4. Soziale und kulturelle Teilhabe

- Wird Ihre Partei sich für das Sozialticket in seiner jetzigen Form und Ausgestaltung einsetzen?
- In welcher Weise werden Sie die Entwicklung des Angebots
 - an individuellen Beratungen,
 - soziokulturellen Treffpunkten,
 - Sport- und Bewegungsmöglichkeiten sowie
 - zur Teilhabe an den Kulturangeboten Dresdens für Menschen mit geringem Einkommen fördern?
- Wird es mit Ihrer Partei eine Weiterentwicklung des Dresden-Passes hinsichtlich des Angebotes geben?

5. Demokratiebildung und Bürgerbeteiligung

- Was werden Sie tun, um die Demokratiebildung in Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung zu fördern?
- Wie werden Sie Bürgerbeteiligung, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, ermöglichen?
- Wie werden Sie eine bürgernahe Verwaltung gestalten, wie dies z.B. mit der Ombudsstelle beim Jobcenter Dresden bereits gelingt?

FDP

Antworten der FDP Dresden zum Fragenkatalog des Netzwerks Existenzsicherung und Menschenwürde zur Kommunalwahl 2019:

1. Welche sozialpolitischen Schwerpunkte setzen Sie für die nächsten 5 Jahre?

Antwort FDP Fragenkatalog Teil1:

Wir wollen Dresden zu einer Stadt des freiheitlichen Lebensgefühls für all seine Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste machen. Dabei liegt uns das Miteinander von Menschen unterschiedlichster Generationen, kultureller Hintergründe und mit verschiedensten Lebensumständen besonders am Herzen.

Durch verbesserte Rahmenbedingungen soll die Vereinsarbeit sowie das nachbarschaftliches Miteinander gestärkt werden.

In der politischen Arbeit sind für die FDP insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit von Bedeutung.

2. Thema Wohnen

(Bedarf es des sozialen Wohnungsbaus in Dresden und wenn ja, wie viele Sozialwohnungen will Ihre Partei in Dresden pro Jahr bauen und mit welchen Mitteln? Wie viele davon werden barrierefrei sein? Was planen Sie bezüglich der Belegungsrechte, wenn die Bindungsfrist bei der VONOVIA ausläuft? Was beabsichtigen Sie gegen steigende Mieten zu tun?)

Antwort FDP Fragenkatalog Teil2:

Um ständig steigenden Mieten entgegenzuwirken muss in Dresden zügig mehr Wohnraum geschaffen werden. Dazu wollen wir Genehmigungsverfahren beschleunigen und städtische Grundstücke schnell für den Wohnungsbau freigeben. Außerdem wollen wir die Stadt rückverdichten, also bspw. Gebäude aufstocken, Brachflächen bebauen etc., und Sanierungen vorantreiben. Es soll ein bestimmter Anteil der Neubauwohnungen sozial gefördert werden. Die Wohnberechtigungen für Sozialwohnungen sollen regelmäßig überprüft werden, damit diese wirklich den Bedürftigen zur Verfügung stehen. Die soziale Stadtplanung soll einen prozentualen Anteil an Wohnungen für Wohnquartiere und Neubauf Flächen für Mietwohnungsneubau bestimmen, deren Mieter mit Mietzuschüssen gefördert werden können. Die Belegungsrechte bei Wohnungsunternehmen sind zu modernisieren und neu zu organisieren. Wir sprechen uns für eine Senkung der Grundsteuer aus, um Mieter zu entlasten.

3. Sozialer Zusammenhalt

(Was planen Sie für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu tun, u.a. auch um der Konzentration von prekären Milieus in einzelnen Stadtteilen entgegenzuwirken? Welche Maßnahmen sind für Sie wichtig, um Zugewanderte und Alteingesessene miteinander ins Gespräch zu bringen? Welche Einrichtungen, Angebote und Maßnahmen für Menschen mit psychischen Erkrankungen wollen Sie weiterhin fördern bzw. neu schaffen, um diesen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und deren Stigmatisierung entgegen zu wirken?)

Antwort FDP Fragenkatalog Teil3:

Um prekären Milieus in einzelnen Stadtteilen entgegenzuwirken, sind in diesen Stadtteilen besondere Anstrengungen bei Investitionen in Infrastruktur und Jugend- und Sozialarbeit notwendig. Für den sozialen Zusammenhalt und das Gespräch setzen wir auf das gesellschaftliche Engagement der Dresdner Stadtgesellschaft.

Unsere vielfältige Vereinslandschaft oder auch der Kontakt über Vereine oder der Sport bieten eine sehr gute Möglichkeit der gesellschaftlichen Einbindung, unabhängig vom Einkommen. Aufgabe der Stadt ist es, passende Rahmenbedingungen, beispielsweise für Raumnutzungen für Vereine und den Sport zu gewährleisten.

Die Jugendsozialarbeit wollen wir verbessern.

Für Senioren setzen wir uns für ein gesundes und selbstbestimmtes Altern ein. Zu diesem Zweck wollen wir kontinuierlich die vorhandenen Strukturen weiter ausbauen. Ideen wie die

Schaffung einer Stadtteilschwester oder Initiativen für mehr Nachbarschaftshilfe sind anzugehen. Für nachbarschaftliches Miteinander sollten Stadtteilinitiativen und Stadtteilanliegen mehr unterstützt werden.

Wir begrüßen "Orte der Begegnung" in jedem Stadtteil. Gesellschaftliches Miteinander braucht geeignete Räume und Orte, an denen Dresdnerinnen und Dresdner zusammenkommen können.

4. Soziale und kulturelle Teilhabe

(Wird Ihre Partei sich für das Sozialticket in seiner jetzigen Form und Ausgestaltung einsetzen? In welcher Weise werden Sie die Entwicklung des Angebots an individuellen Beratungen, soziokulturellen Treffpunkten, Sport- und Bewegungsmöglichkeiten sowie zur Teilhabe an den Kulturangeboten Dresdens für Menschen mit geringem Einkommen fördern? Wird es mit Ihrer Partei eine Weiterentwicklung des Dresden-Passes hinsichtlich des Angebotes geben?)

Antwort FDP Fragenkatalog Teil4:

Wir sprechen uns dafür aus, so viele Sportanlagen wie möglich langfristig an Vereine zur eigenverantwortlichen Nutzung zu übertragen. Dies führt zu einer Identifikation der Vereine mit ihrer Sportanlage und befördert die Übernahme von Verantwortung durch ehrenamtliches Engagement. Weiterhin wünschen wir uns, dass Teile der Schulgebäude sowie Turnhallen für Vereine und angemessene Veranstaltungen freigegeben werden. Eine solche zusätzliche Nutzung muss bei künftigen Neu- und Umbauten berücksichtigt werden.

Wir möchten die städtische Diskurskultur und den gesellschaftlichen Dialog unter besonderer Berücksichtigung der Generationenfrage fördern.

Als FDP setzen wir uns für die Bereitstellung von Räumen für spontane Kunstdarbietungen aller Art auf geeigneten öffentlichen Plätzen und in Grünanlagen, die von der Stadtgesellschaft unbürokratisch genutzt werden können, ein.

Die Bürgerwerkstätten in den Standorten der Dresdner Gewerbehofgesellschaft sind weiterzuentwickeln, denn hier können nicht nur kleine Handwerksunternehmen, sondern alle Dresdnerinnen und Dresdner mit ihren Familien frei zugänglich Werkbänke und Technik nutzen, die sie selbst nicht vorhalten. Daraus ergeben sich eine Vernetzung und eine Senkung von Barrieren zwischen potenziellem Nachwuchs, Handwerk und Industrie.

5. Demokratiebildung und Bürgerbeteiligung

(Was werden Sie tun, um die Demokratiebildung in Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung zu fördern? Wie werden Sie Bürgerbeteiligung, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, ermöglichen? Wie werden Sie eine bürgernahe Verwaltung gestalten, wie dies z.B. mit der Ombudsstelle beim Jobcenter Dresden bereits gelingt?)

Antwort FDP Fragenkatalog Teil5:

Bürgerbeteiligung ist für die FDP keine Frage des Einkommens. Es gibt sehr vielfältige Möglichkeiten über Vereine und Parteien, sich unabhängig vom Einkommen zu beteiligen.

Zur besseren Erreichbarkeit der Verwaltung, machen wir uns für die Einrichtung mobiler Bürgerbüros stark. Die Bürgerbüros der Landeshauptstadt Dresden sind in den Stadtteilen beizubehalten.

Wir möchten eine schrittweise Stärkung der Stadtbezirksbeiräte. Dadurch ist eine bessere Bürgerbeteiligung auch vor Ort möglich. So sind die Stadtbezirke beziehungsweise Stadtbezirksbeiräte mit ausreichenden Mitteln auszustatten, um Fahrrad- und Fußwege entsprechend den Erfordernissen sanieren und ausbauen zu können.

Auch eine stärkere Nutzung von Bürgerentscheiden und Online-Beteiligungsmöglichkeiten erhöhen die Bürgerbeteiligung.

Fragenkatalog des Netzwerks Existenzsicherung und Menschenwürde zur Kommunalwahl 2019

1. Welche **sozialpolitischen Schwerpunkte** setzen Sie für die nächsten 5 Jahre?

Anspruch der SPD Dresden ist es, jedem Menschen – unabhängig vom Geschlecht, der Herkunft, dem Alter, der sexuellen Identität, der Religion oder der sozialen Situation – eine möglichst gleichberechtigte Teilhabe an der Stadtgesellschaft und ein gutes Leben in der Stadt zu ermöglichen. Trotz der positiven Entwicklung in Dresden werden wir auch zukünftig für einen Ausbau des Sozialstaates kämpfen, um Menschen in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen. Dafür werden wir konsequent eine integrierte sozialräumliche Sozialplanung vorantreiben, um in allen Teilen der Stadt die soziale Infrastruktur zu schaffen bzw. zu stärken, die vor Ort gebraucht wird.

Darüber hinaus müssen wir in den nächsten fünf Jahren die Wende auf dem Wohnungsmarkt schaffen. Ziel ist es, dass jeder Mensch mit seinem Einkommen eine bezahlbare Wohnung im Stadtteil der Wahl findet.

2. Thema Wohnen

- Bedarf es des sozialen Wohnungsbaus in Dresden und wenn ja, wie viele Sozialwohnungen will Ihre Partei in Dresden pro Jahr bauen und mit welchen Mitteln? Wie viele davon werden barrierefrei sein?

Selbstverständlich braucht es den bezahlbaren Wohnungsbau für Dresden. Wir sprechen dabei ungerne von Sozialwohnungen. Denn wir bauen Wohnungen für Menschen, deren Einkommen die Grenzen des Wohnberechtigungsscheins nicht übersteigt. Das sind nicht allein Menschen im Sozialleistungsbezug sondern teilweise auch voll arbeitende Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Insgesamt haben annähernd 100.000 Menschen in Dresden das Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein. Den Begriff Sozialwohnungen empfinden wir als stigmatisierend.

Dresden braucht pro Jahr etwa 2.500 neue Wohnungen. 30% davon sollten im bezahlbaren Bereich bis 6,50€ pro Quadratmeter liegen. Das wird nicht allein die kommunale Wohnungsgesellschaft leisten können. Mit ihr wollen wir bis 2024 insgesamt 2.500 bezahlbare Wohnungen neu errichten. Darüber hinaus wollen wir die private Wohnungsbauwirtschaft mit dem Modell der kooperativen Baulandentwicklung auf eine feste Quote von 30% bezahlbarem Wohnraum in Neubauvorhaben auf B-Plan-Gebieten verpflichten. Sowohl bei der kommunalen Wohnungsgesellschaft als auch bei der Verpflichtung privater Unternehmen werden wir barrierearmen und barrierefreien Wohnungsbau angemessen berücksichtigen.

- Was planen Sie bezüglich der Belegungsrechte, wenn die Bindungsfrist bei der VONOVIA ausläuft?

Wir wollen die Belegungsrechte bei der Vonovia so lange es geht erhalten. Gleichzeitig unterstützen wir die aktuellen Bemühungen, neue Belegungsrechte anzukaufen und wollen das zukünftig stärker forcieren. Die 10.000 belegungsrechtsgebundenen Wohnungen reichen bei weitem nicht aus, wenn es in Dresden über 50.000 Haushalte gibt, die Anrecht auf eine belegungsrechtsgebundene Wohnung hätten.

- Was beabsichtigen Sie gegen steigende Mieten zu tun?

Neben dem Neubau im bezahlbaren Bereich wollen wir endlich die Mietpreisbremse für Dresden beim Freistaat durchsetzen. Durch die Verschärfung der Mietpreisbremse durch die

Bundesregierung erhoffen wir uns da bessere Effekte auf den Wohnungsmarkt. Außerdem wollen wir gut durchmischte Gebiete mit Erhaltungssatzung vor drohender Gentrifizierung schützen.

3. Sozialer Zusammenhalt

- Was planen Sie für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu tun, u.a. auch um der Konzentration von prekären Milieus in einzelnen Stadtteilen entgegenzuwirken?

Es ist die Aufgabe der kommunalen Wohnungsgesellschaft bezahlbaren Wohnraum überall in der Stadt zu schaffen. Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen müssen im Stadtteil ihrer Wahl ein Angebot an Wohnungen vorfinden. Auch die 30%-Quote für bezahlbaren Wohnraum bei privaten Wohnungsunternehmen werden für eine bessere Durchmischung unserer Stadt sorgen. Gleichzeitig müssen Gebiete wie Gorbitz, Prohlis oder die Johannstadt städtebaulich aufgewertet werden.

Darüber hinaus streben wir die Einrichtung von Kultur- und Nachbarschaftszentren in allen 69 Stadtteilen der Stadt an. Diese Räume sollen unbürokratisch und kostenfrei für alle nutzbar sein – egal ob für die Vereinsversammlung, den privaten Geburtstag oder die Senioren-Romree-Runde. Die in Gorbitz, Prohlis, Johannstadt und der Neustadt erfolgreich etablierten Stadteilkümmerner*innen wollen wir auch in den anderen Stadtbezirken einführen.

- Welche Maßnahmen sind für Sie wichtig, um Zugewanderte und Alteingesessene miteinander ins Gespräch zu bringen?

Wir sind den vielen Ehrenamtlichen in den Stadtteilnetzwerken sehr dankbar für ihr Engagement. Deswegen wollen wir diese Strukturen finanziell unterstützen und ausbauen. Ehrenamt funktioniert dann am besten, wenn es eine koordinierende Stelle gibt, die das Engagement hauptamtlich unterstützen kann. Deswegen wollen wir für jedes Stadtteilnetzwerk eine solche Stelle finanzieren. Dafür werden wir das Lokale Handlungsprogramm „Demokratie leben“ zur zentralen Ehrenamtsförderung für Dresden ausbauen. Des Weiteren funktioniert Integration am besten im Alltag. Wir unterstützen bspw. Sportvereine besonders, wenn sie mit ihren Angeboten Geflüchtete integrieren und wollen die interkulturelle Öffnung der sozialen und jugendhilflichen Regelangebote durch gezielte Schulung von Mitarbeiter*innen und der Förderung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund stärken.

- Welche Einrichtungen, Angebote und Maßnahmen für Menschen mit psychischen Erkrankungen wollen Sie weiterhin fördern bzw. neu schaffen, um diesen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und deren Stigmatisierung entgegen zu wirken?

Dresden hat eine vielfältige Landschaft an psychosozialen und psychologischen Beratungsstellen. Diese Struktur wollen wir erhalten und so finanzieren, dass die Beschäftigten nach Tarif bezahlt werden können. Mit Hilfe einer sozialräumlichen Sozialplanung wollen wir mögliche Defizite in der Hilfelandschaft in Dresden finden, um die Lücken schließen zu können. Wir setzen uns außerdem für den Erhalt von niederschweligen Angeboten wie bspw. dem gemeinsamen Frühstück für Erwerbslose oder ältere Menschen ein, um Vereinsamung entgegen zu wirken.

4. Soziale und kulturelle Teilhabe

- Wird Ihre Partei sich für das Sozialticket in seiner jetzigen Form und Ausgestaltung einsetzen?

Ja. Mit dem Ausbau des Sozialtickets auf einen 50%-Rabatt bei Abo-Monatskarten wird bezahlbare Mobilität als wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe möglich. Das gilt es zu erhalten. Wir werden dabei die Kostenentwicklung der Fahrkarten im Auge behalten und wenn nötig beim Sozialticket nachsteuern, um Mobilität bezahlbar zu halten.

- In welcher Weise werden Sie die Entwicklung des Angebots
 - an individuellen Beratungen,
 - soziokulturellen Treffpunkten,
 - Sport- und Bewegungsmöglichkeiten sowie
 - zur Teilhabe an den Kulturangeboten Dresdens für Menschen mit geringem Einkommen fördern?

Der Dresden-Pass ist das zentrale Instrument zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe für Menschen mit geringem Einkommen. Er ermöglicht Vergünstigungen beim Besuch von kulturellen Einrichtungen aber bspw. auch bei den städtischen Bädern. Er hat sich als Hilfe bewährt. Deswegen wollen wir in der neuen Legislatur eine Überprüfung weiterer Vergünstigungen anstoßen, um das Leistungsspektrum des Dresden-Passes ausweiten zu können.

Mit der Einrichtung von Kultur- und Nachbarschaftszentren schaffen wir in allen Stadtteilen neue Treffpunkte, die offen, wohnortnah und kostengünstig sind.

Und mit der angestrebten sozialräumlichen Sozialplanung werden wir eine neue Grundlage für die Beratungsstruktur in Dresden schaffen, sodass in jedem Sozialraum die Beratungsstellen vorgefunden werden, die gebraucht werden. Gleichzeitig können damit Synergien zwischen den Angeboten und eine noch bessere Vernetzung erreicht werden.

- Wird es mit Ihrer Partei eine Weiterentwicklung des Dresden-Passes hinsichtlich des Angebotes geben?

Der Dresden-Pass ist das zentrale Instrument zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe für Menschen mit geringem Einkommen. Er ermöglicht Vergünstigungen beim Besuch von kulturellen Einrichtungen aber bspw. auch bei den städtischen Bädern. Er hat sich als Hilfe bewährt. Deswegen wollen wir in der neuen Legislatur eine Überprüfung weiterer Vergünstigungen anstoßen, um das Leistungsspektrum des Dresden-Passes ausweiten zu können.

5. Demokratiebildung und Bürgerbeteiligung

- Was werden Sie tun, um die Demokratiebildung in Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung zu fördern?

Das Lokale Handlungsprogramm „Demokratie leben“ fördert bereits aktuell viele Vereine, Initiativen aber auch Einzelpersonen bei einer demokratischen Bildungsarbeit. Dabei haben wir vor zwei Jahren das Budget von 150.000€ auf 450.000€ verdreifacht. Wir werden in den nächsten Jahren beobachten, ob die Mittel ausreichend sind oder ob die Mittel nochmal aufgestockt werden müssen.

Das Förderniveau der Jugendhilfe in Dresden wollen wir erhalten und einen besonderen Augenmerk auf interkulturelle Projekte legen, die auch Lehrer*innen und Erzieher*innen schulen.

- Wie werden Sie Bürgerbeteiligung, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, ermöglichen?

Mit der neuen Bürgerbeteiligungssatzung haben wir einen Paradigmenwechsel in der Bürger*innenbeteiligung geschaffen. Die Menschen haben nun das Recht darauf selbst entscheiden zu können, zu welchen Vorhaben der Stadt sie wie beteiligt werden wollen. Wir werden die Umsetzung der neuen Satzung unterstützen und wollen über die neuen Möglichkeiten breit informieren, damit sie von den Bürger*innen auch genutzt werden. Darüber hinaus haben wir die Stadtbezirksbeiräte mit eigenen Rechten und einem Budget ausgestattet, sodass sie in ihren Stadtbezirken direkt wirken können. Auch hierbei muss sich noch rumsprechen, dass die Menschen in Dresden damit neue Anlaufstationen haben, um Unterstützung für eigene Ideen und Projekte zu bekommen.

- Wie werden Sie eine bürgernahe Verwaltung gestalten, wie dies z.B. mit der Ombudsstelle beim Jobcenter Dresden bereits gelingt?

Unser Ziel ist eine ermöglichende Verwaltung, die sich nicht hinter Paragraphen versteckt, sondern im Einzelfall nach Lösungsmöglichkeiten sucht. Dazu gehört es auch, dass die Verwaltung gut erreichbar und zentral angesiedelt ist. Deswegen unterstützen wir den Bau eines neuen, modernen Verwaltungszentrum auf dem Ferdinandplatz. Eine bürgernahe Verwaltung zeichnet sich aber auch dadurch aus, dass man nicht immer persönlich erscheinen muss. Wir wollen Antragsverfahren und die Kommunikation zwischen Bürger*innen und Verwaltung digitalisieren, sodass auch bequem von zu Hause Behördengänge erledigt werden können.

DIE LINKE

Antwortkatalog für das Netzwerk Existenzsicherung und Menschenwürde zur Kommunalwahl 2019

1) Welche sozialpolitischen Schwerpunkte setzen Sie für die nächsten 5 Jahre?

In den kommenden 5 Jahren wollen wir zum einen natürlich alle Erfolge im Bereich der Sozialpolitik der letzten Jahre fortsetzen und verstetigen. Dazu zählen:

1. der weitere Bau kommunaler Sozialwohnungen durch die neugegründete städtische Wohnungsgesellschaft WiD,
2. der Erhalt des Sozialtickets, welches den Fahrkartenpreis für alle Dresden-Pass-Inhaberinnen und -Inhaber halbiert,
3. den weiteren Ausbau der Angebote Freier Träger der Wohlfahrtspflege, hier wurden die Gelder für Angebote für Ältere und Pflegebedürftige, Arbeitslose, Wohnungslose, Beratungs- und Begegnungsangebote, Projekte der Integration und für Frauen innerhalb der letzten 5 Jahre verdoppelt. Außerdem wurden für die Träger die Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Diese gute Ausstattung wollen wir beibehalten und den aktuellen Bedarfen anpassen,

Neben diesen Bereichen wollen wir in den nächsten Jahren den Fokus auf das Thema Alter, Altersarmut und Pflege sowie Familien und Kinder lenken

Wir wollen weiter darauf hinwirken, dass Dresden eine Stadt ist, in der alle Bewohnerinnen und Bewohner unabhängig vom Geldbeutel die vielen sozialen und kulturellen Angebote nutzen können, gut und günstig mobil sind, im eigenen Stadtteil Parks, Spielplätze und öffentliche Plätze besuchen und nutzen können.

2) Thema Wohnen:

Wir haben die Gründung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft WiD und den Bau von Sozialwohnungen maßgeblich voran getrieben und sind nach wie vor davon überzeugt, dass die WiD Sozialwohnungen bauen soll und muss, damit Mieterinnen und Mietern mit wenig Geld eine passende Wohnung finden. Bereits heute ist der Bedarf an günstigen Wohnungen deutlich höher, als das Angebot, daher hier dringend und kontinuierlich weiter dran gearbeitet werden. Es gibt außerdem einen Mangel an sehr großen Wohnungen für kinderreiche Familien, an barrierefreien - oder barrierearmen Wohnungen. Auch in diesem Segment ist die WiD tätig und soll das auch in den kommenden Jahren weiterhin sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass hierfür Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Wie hoch die Mittel sein können, hängt von den zur Verfügung stehenden Geldern und von den Kooperationspartnern ab. Für uns steht aber fest, dass auch in den kommenden Haushalten ein zweistelliger Millionenbetrag für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden sollen.

Das städtische Förderprogramm für den seniorengerechten/ barrierefreien Umbau von Wohnungen haben wir bereit mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 deutlich ausgestockt. Das hohe Niveau wollen wir auch weiterhin beibehalten oder gegebenenfalls noch weiter erhöhen.

Die Belegungsrechte bei der Vonovia laufen im Jahr 2026 aus, wobei wir uns dafür einsetzen, dass die bestehende Verlängerungsoption um 10 Jahre realisiert wird. Damit bestünde die Bindungsfrist noch bis 2036. Darüber hinaus wollen wir auch die Möglichkeit nutzen, neben dem Neubau von Sozialwohnungen auch neue Belegungsrechte anzukaufen um den Bestand von gebundenen Wohnungen zu erhöhen.

Neben diesen beiden Aktivitäten gegen steigende Mieten, setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass die Mietpreisbremse endlich auch in Dresden zur Geltung kommt. Bisher hat das Sächsische Innenministerium dies verhindert.

Die von uns im Jahr 2015 eingeführte Kappungsgrenze, die Mieterhöhungen von gesetzlich möglichen 20% auf maximal 15% deckelt, werden wir auch für die Zeit nach dem Auslaufen im Jahr 2020 beantragen und versuchen durchzusetzen.

Für alle, die ihre Miete von Sozialtransferleistungen bezahlen haben wir kostenlose Gutscheine für Beratungen beim Mieterverein Dresden und Umgebung eingeführt.

Und schließlich haben wir bereits in den letzten Jahren bei allen Bauvorhaben den privaten Investorinnen und Investoren Sozialquoten abverlangt. Das werden wir auch weiterhin forcieren. Um diese Verhandlungen zu erleichtern, wollen wir in den nächsten Stadtratssitzungen den Beschluss fassen, eine 30% Sozialquote im Zuge der sogenannten Kooperativen Baulandplanung als verbindliche Voraussetzung einzuführen.

Denn der Bau von Sozialwohnungen darf nicht allein als Aufgabe bei der Kommune liegen bleiben, auch die privaten Investorinnen und Investoren müssen sich daran beteiligen. Nur so kann es auch gelingen, dass in allen Stadtteilen Wohnungen in allen Preissegmenten entstehen.

3) Sozialer Zusammenhalt

Wir wollen mit dem Konzept der sozialen Betreuung von Geflüchteten weiterhin dafür sorgen, dass Zugewanderte Menschen in Dresden gut ankommen und notwendige Betreuung durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter erfahren. Dabei soll in Zukunft mehr der Fokus darauf gelegt, dass die Zugewanderten die Einrichtungen besuchen, die es in den Stadtteilen bereits gibt. Hier wollen wir uns mehr dafür einsetzen, dass ein besserer Kontakt zwischen Zugewanderten und Alteingesessenen erreicht wird. außerdem wurden in den letzten Jahren einige Projekte ins Leben gerufen, die das Miteinander von Zugezogenen und

Alteingesessenen auf verschiedenen Ebenen fördern, z.B. im Bereich Kunst und Kultur, Musik und Sport.
Diese Projekte wollen wir auch in Zukunft finanziell unterstützen.

Die vielen Ehrenamtlichen in dem Bereich haben seit 2017 im Büro des neu eingestellten Ehrenamtskoordinators eine Anlaufstelle, die es zu erhalten gilt.

Für wollen eine dritte Wohnstätte für Menschen mit psychosozialen Erkrankungen errichten, um den betroffenen Personen passgenaue Wohnangebote anbieten zu können. Die Wohnstätte soll über zwei Außenwohngruppen verfügen.

4) Soziale und kulturelle Teilhabe

Das Sozialticket haben wir maßgeblich vorangetrieben und den Rabatt von 50% im Jahr 2015 einführen können. Die Nutzerzahlen sprechen für sich, das Angebot ist ein voller Erfolg. Daher wollen wir das Angebot unbedingt erhalten, der Bedarf ist offensichtlich.

Den Ausbau der Angebote des Dresden-Passes diskutieren wir regelmäßig mit den Einrichtungen, Museen etc. Wir wollen versuchen die Angebote weiter auszubauen, z.B. auch in den Bereich Wohnen, wie das kostenlose Beantragen von Wohnberechtigungsscheinen.

Seit letztem Jahr sind auf unseren Beschluss hin die städtischen Museen für Kinder und Jugendliche kostenfrei. Der kostenfreie Besuch immer freitags nach 12 Uhr bleibt dennoch für alle Besucherinnen und Besucher bestehen. Wir wollen diese Angebote weiter ausbauen, damit der Besuch im Museum auch ohne Geld möglich ist, bleibt und wird.

(des Weiteren siehe Antwort zu Frage 1)

5) Demokratiebildung und Bürgerbeteiligung

Die Ombudstelle im Jobcenter hat sich bewährt, so hat die Ombudsstelle bereits spürbar dazu beigetragen, dass Widerspruchsverfahren abnehmen. Wir haben die Stelle erst durch lange und hartnäckige Verhandlungen mit dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit einrichten können und wollen sie natürlich unbedingt weiter führen.

Neben dieser Anlaufstelle haben wir einen Ehrenamtskoordinator in der Stadt geschaffen, eine Wohnberatungsstelle und viele weitere Anlaufstellen bei Freien Trägern.

Ein zentraler Aspekt der Bürgerbeteiligung ist zudem die Veränderung der Mitbestimmungsrechte der Stadtbezirksbeiräte sowie die massiven Budgeterhöhungen in den Stadtbezirken. So gibt es ab 2019 die Möglichkeit, Vorhaben und Projekte im Stadtteil direkt

zu entscheiden und zu finanzieren. Wir konnten uns mit unserer Forderung nach einem Budget in Höhe von 25 € pro Einwohnerin/ Einwohner nicht durchsetzen, im Haushalt verankert sind derzeit 10€ pro Einwohnerin/ Einwohner. Wir wollen uns weiter dafür einsetzen, dass in der Zukunft den Stadtbezirken der höhere Betrag zur Verfügung gestellt wird.

PIRATEN

1. Welche sozialpolitischen Schwerpunkte setzen Sie für die nächsten 5 Jahre?

Hier zitieren wir aus den ersten Worten unseres Wahlprogramms [1] : "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Daraus leitet sich ab, dass jeder Mensch mit gleichen Rechten geboren wird. Niemand sollte aufgrund von irgendwelchen Merkmalen benachteiligt oder gar ausgeschlossen werden. Piratistische Politik muss sich immer von diesem Grundsatz leiten lassen. Insbesondere Kinder und Jugendliche stehen unter besonderem Schutz, denn sie konnten sich ihr Umfeld nicht selbst aussuchen. Daher ist es ein oberes Piratenziel, gleiche Teilhabe am städtischen Leben für alle Menschen und vor allem für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen.

Wir Piraten sehen, dass wir in einer unglaublich ungerechten Welt leben und müssen das ändern. Insbesondere muss die Grundversorgung aller essentiellen Bedürfnisse des Menschen generell gesichert sein. Wir sehen – gesellschaftliche, kulturelle und politische – Teilhabe, Bildung, Gesundheit, Transport und eine ausreichende monetäre Absicherung als essentiell an."

Konkret heißt das für uns: Kita- und Hortangebote wohnortnah für alle Kinder Essen für jedes Kita- und Schulkind sichern Lernmittelfreiheit Fahrscheinloser ÖPNV Einführung eines Sozialtarifs bei Energieversorgern und Verzicht auf folgenschwere Strom- und Gassperren

[1] https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Praeambel_Politischer_Kompass

2. Thema Wohnen

Bedarf es des sozialen Wohnungsbaus in Dresden und wenn ja, wie viele Sozialwohnungen will Ihre Partei in Dresden pro Jahr bauen und mit welchen Mitteln? Wie viele davon werden barrierefrei sein?

"Die PIRATEN Dresden bekennen sich zum Erhalt und Ausbau der neuen städtischen Wohnbaugesellschaft „Wohnen in Dresden“ (WiD). Der Wohnungsbestand ist zügig zu erweitern. Ziel sind mindestens 5000 Wohnungen bis 2025 und 10000 Wohnungen bis 2030. Hierzu sehen wir die Stadt in der Pflicht. Eine gute Durchmischung in den Stadtteilen soll dabei erhalten bleiben oder erzielt werden." [2] Als Finanzierung soll die Stadt weitere Grundstücke in die WiD einlegen - die Finanzierung erfolgt dann automatisch über das Bundes-/Landesförderprogramm und Krediten.

Bei Bauprojekten privater Investoren ist ein Sozialbindungsanteil von 20% im Bebauungsplan festzulegen. Die Finanzierung erfolgt durch die Mittel der Bundes- / Landesförderprogramme und dem Abschöpfen von Gewinnen, die durch die Wertsteigerung der Festsetzung von bisher unbebaubaren Land in Flächen mit Bebauungsplänen entstehen.

[2] https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Wohnen_in_Dresden-Neue_WoBa_staerken

Was planen Sie bezüglich der Belegungsrechte, wenn die Bindungsfrist bei der VONOVIA ausläuft?

Je mehr Sozialwohnungen die Stadt bis 2025 baut - umso besser ist ihre Verhandlungsposition gegenüber der Vonovia, wenn dann die Belegungsrechte neu zu verhandeln bzw. zu verlängern sind. Daher muss das Ziel sein, möglichst viele Wohnungen

für finanziell schlechter gestellte Menschen zu erzielen und die Bindungsfrist der Belegungsrechte so lange wie möglich zu verlängern.

Was beabsichtigen Sie gegen steigende Mieten zu tun?

Neben dem sozialen Wohnungsbau der Stadt muss auch die private Bauwirtschaft ihren Anteil leisten. Wir fordern hier einen Anteil von mindestens 20% der Wohnfläche - selbst dann, wenn kein Landesförderprogramm aufgelegt sein sollte [3]. Daneben sind alternative Wohnformen zuzulassen (z.B. Wagenplatz, Genossenschaften wie Elexir, Mietsyndikate [4]. Und schließlich muss die Stadtentwicklung wirklich **partizipativ** erfolgen, d.h. die realen Bedarfe und nicht die Profitmaximierung müssen die Planungen leiten [5].

[3] https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Dresdner_Wohnungspolitik

[4] https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Alternative_Wohnformen_umsetzen

[5] https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Partizipativer_Ansatz_bei_der_Stadtraumentwicklung

3. Sozialer Zusammenhalt

Was planen Sie für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu tun, u.a. auch um der Konzentration von prekären Milieus in einzelnen Stadtteilen entgegenzuwirken?

Für den sozialen Zusammenhalt ist zunächst für gemischtes Wohnen in jedem Wohnviertel zu sorgen - Gentrifizierung und der sogenannten "Präkarisierung" ist entgegenzuwirken. Die WiD wird ihren Anteil daran haben wie auch die partizipative Stadtraumentwicklung, damit nicht allein die Interessen von InvestorInnen Berücksichtigung finden [4][5]. Daneben ist es elementar, dass jeder Mensch die Möglichkeit der Teilhabe bekommt. Dies bedeutet neben Wohnung, auch Strom, Essen, Transport, Kultur und Sport. Wer dies nicht alleine stemmen kann, muss Hilfe bekommen.

Welche Maßnahmen sind für Sie wichtig, um Zugewanderte und Alteingesessene miteinander ins Gespräch zu bringen?

Migration ist das Normalste der Welt - und die Piraten freuen sich über jeden Menschen, der sich in Dresden einbringen will.

[6] https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Migration_und_Integration

Welche Einrichtungen, Angebote und Maßnahmen für Menschen mit psychischen Erkrankungen wollen Sie weiterhin fördern bzw. neu schaffen, um diesen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und deren Stigmatisierung entgegen zu wirken?

Dies ist keine einfache Frage, da jeder Einzelfall besonders ist. Wichtig ist in jedem Fall, eine Stigmatisierung zu minimieren, damit nicht durch Regeln oder "gesellschaftliche Normen" die Situation der Betroffenen verschlimmert wird. Hier kann "Entkriminalisierung" und "Normalität" helfen - ohne jedoch eine Lösung zu sein [7-10]. Einer Lösung der Probleme

kommen wir näher, wenn neben ausreichender individueller Betreuung und Hilfe - auch die finanzielle Sicherheit der freien Träger gewährleistet ist.[11]

Darüber hinaus wird durch die Stadt gesellschaftliche Teilhabe in Form von Barrieren in der Sprache und Zugänglichkeit erschwert. Diese gilt es aufzubrechen und abzubauen. Wir fordern eine barrierefreie Stadt mit Blick u.a. auf sprach-, seh- hör-, und materielle Barrieren.

[7] https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Sozialtarif_bei_Energieversorgern

[8] https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Fahrender_Ritter

[9] https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Reform_der_Sperrgebietsverordnung

[10] https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Pfand_geh%C3%B6rt_daneben

[11] https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Planungssicherheit_f%C3%BCr_Kinder-und_Jugendarbeit

4. Soziale und kulturelle Teilhabe

Wird Ihre Partei sich für das Sozialticket in seiner jetzigen Form und Ausgestaltung einsetzen?

Die PIRATEN Dresden setzen sich für den Erhalt und die Erweiterung des Berechtigtenkreises für Sozial- und Jobtickets ein.

Langfristig möchten wir für Dresden die Einführung eines fahrscheinlosen Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV). Der fahrscheinlose ÖPNV garantiert, dass auch einkommensschwache Menschen die Möglichkeit zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe erhalten.

Bis zur Einführung des fahrscheinlosen ÖPNVs für alle Einwohner Dresdens wollen wir, dass zunächst Kinder und Jugendliche bis zum vollenden 18. Lebensjahr alle DVB-Angebote fahrscheinlos nutzen können.

https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Fahrscheinloser_OePNV

In welcher Weise werden Sie die Entwicklung des Angebots -- **an individuellen Beratungen, -- soziokulturellen Treffpunkten, -- Sport- und Bewegungsmöglichkeiten sowie -- zur Teilhabe an den Kulturangeboten Dresdens für Menschen mit geringem Einkommen fördern?

Die PIRATEN Dresden setzen sich auf vielfältige Art- und Weise für die Entwicklung dieser Angebote ein.

Durch die Stärkung und finanzielle Ausstattung der Stadtbezirksbeiräte sehen wir eine Möglichkeit, lokale Initiativen und Treffpunkte nach den Bedürfnissen für die Anwohner/Innen zu stärken.

Wir verstehen den öffentlichen Raum ebenfalls als soziokulturellen Treffpunkt und als Ort für Sport- und Bewegungsmöglichkeiten. Die Zugänglichkeit und Attraktivität soll durch den Ausbau des "öffentlichen Service" erhöht werden. Wir fordern kostenfreie Serviceleistungen wie Trinkbrunnen, WLAN-Hotspots und Toiletten.

Wir möchten Kulturangebote und -bildung barriere- und kostenfrei gestalten. Ein erster Schritt in diese Richtung ist der kostenlose Eintritt in alle Museen der Stadt für Kinder und Jugendliche zumindest an einem Tag der Woche. Langfristig setzen wir uns - parallel zur Schulbildung - für die kostenfreie außerschulische kulturelle Bildung ein. Das umfasst alle staatlichen Bildungsmöglichkeiten in Tanz, Theater, Musik, Sport und alle anderen Formen bildender und darstellender Künste.

https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Zweck_und_gesellschaftlicher_Mehrwert_des_Sports

https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Kulturbildung_barriere-und_kostenfrei_gestalten

Wird es mit Ihrer Partei eine Weiterentwicklung des Dresden-Passes hinsichtlich des Angebotes geben?

Ja, sowohl im Leistungsangebot als auch im Empfänger/Innenkreis

5. Demokratiebildung und Bürgerbeteiligung

Was werden Sie tun, um die Demokratiebildung in Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung zu fördern?

Eine Herzensangelegenheit der PIRATEN Dresden ist die Netzpolitik und Freiheit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Medienkompetenz angefangen von Kindergarten bis Schule gestärkt wird. Jeder Mensch muss wissen, wie Falschnachrichten erkannt werden, was eine Filterblase ist, welche Daten wir bei welchen Diensten preisgeben und wie sicher und anonym gesurft und kommuniziert wird.

Wir fordern wohnortnahe Kita- und Hortangebote, um im eigenen sozialen Wohnumfeld zu lernen und sich austutauschen.

An Schulen und Kitas ist für jedes Kita- und Schulkind das Essen zu sichern. Bildung mit leeren Magen funktioniert aus unserer Sicht nicht.

An den Schulen ist Lernmittelfreiheit herzustellen, damit jedes Kind unabhängig von der materiellen Situation der Erziehungspersonen lernen kann.

Demokratiebildung funktioniert für uns als PIRATEN Dresden am Besten, indem wir Demokratie leben und ausprobieren.

Damit jeder auch daran teilhaben kann, müssen Informationen verständlich und frei zugänglich sein. Deshalb fordern wir einen verständlichen Haushaltsplan und eine transparente Ausschussarbeit. Die Übertragung der Ratssitzungen ist beizubehalten.

Durch die Stärkung der Stadtbezirksbeiräte sehen wir eine Möglichkeit, mehr Menschen für städtische Themen zu begeistern und sich einzubringen. Die Rats- und Parlamentsarbeit ist jedoch nur ein Bestandteil im demokratischen Entscheidungsprozess. Wir sehen in Einwohnerversammlungen und Bürgerentscheidungen wichtige Partizipationsmöglichkeiten und fordern eine Stärkung der Bürgerbeteiligung.

Aus städtischer Sicht kann das lebenslange Lernen durch wohnortnahe Bildungseinrichtungen unterstützt werden. Durch die Stärkung der Volkshochschule sehen wir eine Möglichkeit, u.a. Erwachsenenbildung niederschwellig anzubieten.

https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Medienkompetenz_staerken

<https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Lernmittelfreiheit>

https://www.piraten-dresden.de/themen/wahlprogramm/#Staerkung_der_Volkshochschule

Wie werden Sie Bürgerbeteiligung, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, ermöglichen?

Wir sehen gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe, Bildung, Gesundheit, Transport als essentiell für alle Menschen an. Niemand sollte aufgrund von irgendwelchen Merkmalen benachteiligt oder gar ausgeschlossen werden.

In der Stärkung der Stadtbezirksbeiräte und der Bürgerbeteiligungssatzung sehen wir eine wichtige Grundlage zur Teilhabe aller Menschen am politischen Entscheidungsprozess.

Durch die Stärkung des Fuß- und Radverkehrs und der Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV sehen wir ebenfalls Möglichkeiten, Mobilität für alle zu erleichtern um sich so an unserer Gesellschaft zu beteiligen.

Bürgerbeteiligung kann ebenfalls dadurch gestärkt werden, dass Mensch in einer aktiven Nachbarschaft lebt und sich austauscht. Hierzu ist es notwendig, dass dieses Lebensumfeld gesichert ist und Menschen auf Grund von Mietpreissteigerungen nicht ihre Wohnung verlieren. Mietpreissteigerungen sollen durch eigenen Wohnungsbau entgegengewirkt werden. Ebenfalls sollen bei Energieversorgern, an denen die Stadt Dresden beteiligt ist, Sozialtarife eingeführt werden und auf folgenschwere Strom- und Gassperren verzichtet werden.

Wie werden Sie eine bürgernahe Verwaltung gestalten, wie dies z.B. mit der Ombudsstelle beim Jobcenter Dresden bereits gelingt?

Die PIRATEN Dresden setzen sich in der Stadtentwicklung u.a. für eine Stadt der kurzen Wege - Walkable City ein. Die Versorgung des täglichen Bedarfs und Freizeitmöglichkeiten sollen in fußläufiger Entfernung angeboten werden. Ebenso sollen öffentliche Einrichtungen vorzufinden sein. Ziel ist eine Stadt, in der die meisten Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad erledigt werden können.

Eine bürgernahe Verwaltung soll auch von zu Hause aus erreichbar sein. Wir fordern eine elektronische Verwaltung und den Einsatz von Möglichkeiten des Internets für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Menschen und Verwaltung. Dies muss auf einer

sicheren, kostenlosen, verschlüsselten und barrierefreien IT beruhen. Der Postweg ist als Alternative zwingend zu erhalten.

Institutionen und Personen der Verwaltung als Brückenbauer zu den Bürgern wie z.B. die Ombudsstelle aber auch die Gleichstellungsbeauftragte sind zu stärken und regelmäßig anzuhören.

Die offene Einwohnerfragestunde im Stadtrat ist beizubehalten und zu bewerben.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Fragenkatalog des Netzwerks Existenzsicherung und Menschenwürde zur Kommunalwahl 2019

1. Welche sozialpolitischen Schwerpunkte setzen Sie für die nächsten 5 Jahre?

Bildung, Einkommen und Gesundheit sind die entscheidenden Faktoren für Teilhabe. Es ist deshalb Aufgabe GRÜNER Stadtpolitik, gleiche Lebenschancen zu ermöglichen und bestehende Benachteiligungen auszugleichen. GRÜNE Sozialpolitik geht vom Selbstbestimmungs- und Selbstverwirklichungsrecht aller Menschen aus. Hilfen sind deshalb vorrangig Hilfen zur Selbsthilfe. Partizipation der Betroffenen, Unterstützung nachbarschaftlichen Engagements und Trägervielfalt bei den unterschiedlichen sozialen Angeboten sind die Eckpfeiler GRÜNER Sozialpolitik.

2. Thema Wohnen

□ Bedarf es des sozialen Wohnungsbaus in Dresden und wenn ja, wie viele Sozialwohnungen will Ihre Partei in Dresden pro Jahr bauen und mit welchen Mitteln? Wie viele davon werden barrierefrei sein?

Wie in allen größeren Städten in Deutschland steigen auch in Dresden die Mieten und für viele Menschen wird es schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir haben daher im Stadtrat einen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik vollzogen und gemeinsam mit Linken und SPD die neue städtische Wohnungsbaugesellschaft (WiD) gegründet. Ferner haben wir den Ausverkauf städtischen Grund und Bodens nach dem Höchstbieterprinzip gestoppt. Die Stadt muss bebauungsfähige Grundstücke erwerben, um sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen. Dafür haben wir gerade zusätzliche Mittel in Höhe von 12 Mio€ bereit gestellt. Wir fordern außerdem vom Freistaat, das Förderprogramm auszuweiten und vor allem längere Bindungsfristen zu ermöglichen. Zusätzlich setzen wir uns für das Konzept des „Kooperativen Baulandmodells“ ein, das auch private Bauherren dazu verpflichtet, einen bestimmten Anteil der gebauten Wohnungen mit Mietpreisbindung zu erstellen. Das Instrument ist auch vielversprechend, um eine gute soziale Durchmischung von Wohnquartieren zu gewährleisten.

□ Was planen Sie bezüglich der Belegungsrechte, wenn die Bindungsfrist bei der VONOVIA ausläuft?

Im Jahre 2035 laufen über 10.000 Belegungsbindungen bei der Vonovia aus. Bis dahin sollte die WiD mindestens 5.000 eigene Wohnungen errichtet haben. Weitere 5.000 belegungsgebundener Wohnungen sollten unter Nutzung der Förderprogramme des Freistaates durch andere Bauträger errichtet werden. Dazu bedarf es auch der Fördergarantie des Freistaates, der die vom Bund bereit gestellten Mittel bereit zu stellen hat. Schwerpunkt dabei muss die Schaffung familiengerechter und barrierefreier Wohnungen sein.

□ Was beabsichtigen Sie gegen steigende Mieten zu tun?

Soweit Wohnraumzweckentfremdung zu einem nennenswerten Rückgang von auf dem Markt verfügbarem Wohnraum führt, werden wir alle vorhandenen Instrumente nutzen, um hier einen Riegel vorzuschieben. Die VONOVIA als Rechtsnachfolger der GAGFAH werden wir verstärkt über die Möglichkeiten der Sozialcharta in die Pflicht nehmen, um die Mieter*innen vor unverhältnismäßigen Mietsteigerungen zu schützen. Darüber hinaus fordern wir von Bund und Land, endlich wirkungsvolle Instrumente zur Mietpreisbegrenzung auf den Weg zu bringen. Die Mieter*innenmitbestimmung werden wir GRÜNE durch einen stadtweiten Mieter*innenbeirat stärken.

Durch die kürzlich durch das Land erhöhten Einkommensgrenzen für den Erhalt eines Wohnberechtigungsscheines kommen mietpreisgebundene Wohnungen mittlerweile für fast ¼ aller Haushalte in Frage. Wir wollen alles daran setzen, dass die Haushalte nicht mehr als 30% des

Einkommens für das Wohnen ausgeben müssen. Deshalb ist auch eine weitere Erhöhung der Einkommensgrenzen für den Wohnberechtigungsschein erforderlich. Schließlich werden wir auch alle städtebaulichen Instrumente nutzen, um systematische Umwidmung von Wohnraum in Eigentumswohnungen zu begrenzen und mietpreissteigernde Luxussanierungen zu unerbinden. Quartiere mit einer verträglichen Miet- und Sozialstruktur müssen deshalb mit Milieuschutzsatzungen stabilisiert werden.

3. Sozialer Zusammenhalt

□ Was planen Sie für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu tun, u.a. auch um der Konzentration von prekären Milieus in einzelnen Stadtteilen entgegenzuwirken?

Wir schaffen in jedem Stadtteil nach dem Vorbild aus den „soziale Stadt“-Gebieten eine kommunal finanzierte Stelle für Gemeinwesenarbeit, die bei (Interessen-)Konflikten vermittelt, Bürgerbeteiligung organisiert und Bürgerengagement für den Kiez fördert. Wir wollen, insbesondere bei Stadtentwicklungsprojekten, verstärkt zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich vernetzen und in unterschiedlichen Feldern durch ihre Projekte einen Mehrwert für das Gemeinwesen schaffen, frühzeitig in die Planungsprozesse einbeziehen und neue Modelle der Quartierentwicklung mit den Bürger*innen erproben.

Wir müssen verstärkt zu einer in Sozialräumen vernetzten Strategie finden. Sport-, Kultur- und Sozialpolitik, verbunden mit Netzwerken und öffentlichen Angeboten, müssen stärker in den konkreten Lebensräumen der Menschen organisiert werden.

Jeder Stadtteil Dresdens soll bis 2025 über ein Nachbarschaftszentrum verfügen. Damit wollen wir Raum für kulturelle Angebote, Nachbarschaftsbegegnung und Informationsveranstaltungen bieten. Die Zentren sollen Anlaufpunkte für soziale und kulturelle Angebote sein und unkompliziert Räume für Initiativen und Vereine zur Verfügung stellen.

Durch das Konzept Kooperatives Baulandmodell, durch das Bauträger bei größeren Bauvorhaben verpflichtet werden, sollen einen festgelegten Anteil an Sozialwohnungen zu errichten, wird eine bessere Verteilung über die Stadtteile gewährleistet und der Bildung von Brennpunkten entgegengewirkt.

□ Welche Maßnahmen sind für Sie wichtig, um Zugewanderte und Alteingesessene miteinander ins Gespräch zu bringen?

Überall dort, wo es bisher keine Räume der Begegnung gibt, wollen wir dazu in den kommenden Jahren Nachbarschaftszentren aktivieren, teils durch Neuschaffung, teils durch kooperative Erweiterung bisheriger Einrichtungen. Wir wollen auch Dresdner Initiativen dabei unterstützen, Begegnungsangebote für Migrant*innen und Nichtmigrant*innen in den Stadtteilen auszubauen. Wir werden eine städtische Online-Plattform zur Vermittlung von interkulturellen Tandems von Migrant*innen und Alteingesessenen schaffen.

Wir werden GRÜNE die Ehrenamtskoordination für die Flüchtlingshilfe im Sozialamt weiter fördern. Wir wollen aber auch Migrant*innen für das Ehrenamt gewinnen – z. B. in Sportvereinen, bei der Begleitung von Kindern, Familien und älteren Menschen, in Gemeinschaftsgärten, für den Naturschutz, in der Freiwilligen Feuerwehr oder in Tierheimen. Dies kann zum Beispiel über die Förderkriterien der Stadt gelingen, indem zusätzliche Anreize für Dresdner Sport- und Kulturvereine sowie in der Jugendarbeit gesetzt werden, sich für Migrant*innen zu öffnen.

Wir setzen auf einen durch die Landeshauptstadt organisierten Dialog zum Integrationskonzept 2020-2025, an dem alle Glaubensgemeinschaften und die Dresdner Bürger*innen aus den verschiedenen Nationen beteiligt werden sollen. Außerdem setzen wir uns entschieden für ein interkulturelles Zentrum ein.

▣ **Welche Einrichtungen, Angebote und Maßnahmen für Menschen mit psychischen Erkrankungen wollen Sie weiterhin fördern bzw. neu schaffen, um diesen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und deren Stigmatisierung entgegen zu wirken?**

Als Fortschreibung des Stadtpsychiatrieplans setzen wir uns für ein gemeinsam von Verwaltung und freien Trägern erstelltes Handlungskonzept „Psychische Gesundheit und Betreuung“ ein, das den Ausbau der Angebote forciert und bestehende Angebote langfristig sichert und finanziell bedarfsgerecht ausstattet. Ein besonderes Augenmerk soll auf der Einbeziehung von Psychiatrie-Erfahrenen in den einzelnen Angeboten liegen. Dafür müssen zusätzliche Stellen für Genesungsbegleiter*innen geschaffen werden. Auch für Angehörige und Freund*innen von Menschen mit psychischen Erkrankungen ist ein professionelles Beratungsnetzwerk wichtig.

Wir wollen, dass die gezielte Förderung von Zuverdienstprojekten für psychisch kranke Menschen in die Planung von Sozialer Beschäftigung einbezogen wird. Ziel bleibt aber die Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt.

4. Soziale und kulturelle Teilhabe

▣ **Wird Ihre Partei sich für das Sozianticket in seiner jetzigen Form und Ausgestaltung einsetzen?**

Ja, wir haben das Sozianticket in dieser Form mitbeschlossen und setzen uns auch für die Weiterführung ein. Mit dem Haushalt 2019/20 haben wir das notwendige Geld dafür beschlossen. Außerdem wollen wir ein Schüler*innenticket für 15 €/Monat für Schüler*innen, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende einführen

▣ **In welcher Weise werden Sie die Entwicklung des Angebots**

◦ **an individuellen Beratungen,**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, Jugendzentren und eine qualifizierte Betreuung durch Sozialpädagog*innen dabei zu unterstützen, ihre Angebote zu erweitern. Um auch Jugendliche außerhalb von Jugendzentren zu erreichen, ist der weitere Ausbau von Streetwork-Angeboten unerlässlich. Dazu werden wir den Einsatz von Sozialarbeiter*innen flexibilisieren. Wenn ortsfeste Angebote nicht nachgefragt werden, müssen Fachkräfte dorthin gehen können, wo sie gebraucht werden.

◦ **soziokulturellen Treffpunkten,**

Jeder Stadtteil Dresdens soll bis 2025 über ein Kultur- Nachbarschaftszentrum verfügen. Damit wollen wir Raum für kulturelle Angebote, Nachbarschaftsbegegnung und Informationsveranstaltungen bieten. Die Zentren sollen Anlaufpunkte der Stadtverwaltung sein und unkompliziert Räume für Initiativen und Vereine zur Verfügung stellen. Kultur soll auch vor der Haustüre stattfinden. Wir haben die Rechte und Möglichkeiten der Stadtbezirksvertretung deutlich gestärkt und sie mit der erstmals stattfindenden Direktwahl mit neuer demokratischer Legitimation ausgestattet. Die Förderung von Stadtteilinitiativen und Vereinen ist nun auch eine organäre Aufgabe durch die wir uns neue Impulse für die stadtteilbezogene Jugend-, Sozial- und Kulturpolitik erhoffen.

Wir machen uns für selbstorganisierte und selbstverwaltete Jugendtreffs stark.

◦ **Sport- und Bewegungsmöglichkeiten sowie**

Gerade für Dresdner*innen, die nur wenig Geld zur Verfügung haben, werden wir den Zugang zu Sportangeboten ermöglichen und erleichtern. Wir setzen uns für die Schaffung von „Bewegungsräumen“ mit Sportgelegenheiten im öffentlichen Raum ein, zum Beispiel von Fitnessparcours in städtischen Parkanlagen, Laufstrecken, Skate-Anlagen oder Basketballplätzen – auch von altersgerechten Sportangeboten und Mehrgenerationenplätzen. Deshalb werden wir bei der Planung neuer Parks, wie derzeit dem Südpark in Plauen, oder deren Erweiterung stets auch Sportmöglichkeiten berücksichtigen.

Wir setzen uns für den Ausbau von Sportangeboten ein, die für alle Altersstufen, für Mädchen und Jungen sowie Frauen und Männer, Menschen mit Migrationshintergrund und Einheimischen gleichberechtigt Zugang zu Freizeit-, Breiten- und Leistungssport gewähren. Dafür arbeiten wir eng mit dem Stadtsportbund und seinen Sportvereinen zusammen.

◦ **zur Teilhabe an den Kulturangeboten Dresdens**

Kulturelle Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher muss sie allen Menschen ermöglicht werden, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrer Lebenssituation. Deshalb werden wir das Konzept für die kulturelle Bildung in Dresden dahingehend weiterentwickeln, dass jedes Kind nach der Grundschule jede städtische Kultureinrichtung mindestens einmal besucht haben kann. Darüber hinaus werden wir die Zusammenarbeit bei der kulturellen Bildung auf Ebene der Stadtteile verbessern und dafür Sorge tragen, dass es ausreichend viele Angebote der kulturellen Bildung auch im unmittelbaren Lebensumfeld gibt. Wir werden soziokulturelle Zentren mit niederschweligen kulturellen Angebote in allen Stadtteilen ermöglichen, damit Kultur nicht nur im Stadtzentrum, sondern auch vor der eigenen Haustür stattfinden kann.

Wir haben im Stadtrat mitbeschlossen, dass Kinder und Jugendliche freien Eintritt in städtische Museen haben sollen.

für Menschen mit geringem Einkommen fördern?

□ Wird es mit Ihrer Partei eine Weiterentwicklung des Dresden-Passes hinsichtlich des Angebotes geben?

Wir werden prüfen, ob der Kreis der Berechtigten zu erweitern ist. Der Dresden-Pass muss primär Teilhabe ermöglichen. Deshalb werden wir auch erweiterte Leistungen und Angebote für die Dresden-Pass-Inhaber realisieren.

5. Demokratiebildung und Bürgerbeteiligung

□ Was werden Sie tun, um die Demokratiebildung in Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung zu fördern?

Demokratische Teilhabe beginnt für uns nicht erst mit dem 18. Geburtstag. Wir wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen intensivieren. Mit der Schaffung eines unabhängigen Kinder- und Jugendbüros haben wir bereits eine wichtige Voraussetzung hierfür geschaffen. Wir werden nun den nächsten Schritt gehen und ähnliche Verfahren, die wir in der Bürger*innenbeteiligungssatzung umgesetzt haben, auch für Kinder und Jugendliche schaffen. Kinder und Jugendliche sollen verbindlich unter anderem in die Planung von Spielplätzen, Rad- und Fußverkehr und der Gestaltung von Plätzen einbezogen werden.

Wir wollen Schüler*innentage im Stadtrat ermöglichen: Wie bei Parlamentsexkursionen sollen Schüler*innen in Debatten und Gesprächen mit Vertreter*innen der Fraktionen die kommunalpolitische Arbeit kennenlernen.

□ Wie werden Sie Bürgerbeteiligung, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, ermöglichen?

Partizipation darf keine Frage des sozialen Status sein, deshalb machen wir uns für offene Angebote der Beteiligung, vor allem in den Stadtteilen stark. Vor kurzem haben wir im Stadtrat eines unserer großen kommunalpolitischen Ziele der letzten Wahlperiode, eine Bürgerbeteiligungssatzung, beschlossen.

Statt Beteiligung als Gnadenakt der Verwaltung zu verstehen, werden wir den Bürger*innen konkrete Rechte auf Beteiligung geben, die diese auch geltend machen können. So sind Bürger*innenforen durchzuführen, wenn in gesamtstädtischen Angelegenheiten 2500 Unterschriften bzw. in Angelegenheiten eines Stadtbezirks 500 Unterschriften von Einwohner*innen vorliegen. Diese Bürgerforen können Empfehlungen abgeben, die auch zu berücksichtigen sind.

Wir haben als Kooperation das Petitionsrecht gestärkt. In Dresden ist es jetzt endlich auch möglich, Petitionen auf der Homepage der Stadt mitzeichnen zu können.

Wir wollen darüber hinaus auch die neue Beteiligungskultur in der Verwaltung stärken. Bürger*innenbeteiligung wird durch eine gute Informationsgrundlage der Bürger*innen gestärkt. Wir wollen deshalb Modelle wie Planungszellen fördern, die die Informationskluft zwischen den Bürger*innen und der Verwaltung schließen können und in denen lokale Probleme in den Nachbarschaften erörtert werden können. Die Verwaltung muss bei allen Veröffentlichungen zudem auf eine einfache Sprache achten, damit alle verstehen, wie, warum und wo sie sich einbringen können.

Außerdem wurden durch die von uns eingeführte Direktwahl der Stadtbezirke die demokratischen Strukturen vor Ort gestärkt. Zum einen ist der Kontakt der Menschen im Stadtteil zum Stadtbezirksrat direkter als zum Stadtrat, zum Beispiel der Besuch einer Sitzung und die Kommunikation mit den gewählten Vertreter*innen, zum anderen wurden auch die Rechte der Stadtbezirksräte erweitert, so haben sie zum Beispiel inzwischen ein eigenes Budget zur Verfügung und können so lokale Anliegen auch finanziell umsetzen.

Wir haben im Stadtrat beschlossen, dass Veröffentlichungen und Formulare der Landeshauptstadt künftig in einfacher und leichter Sprache gestaltet werden.

□ Wie werden Sie eine bürgernahe Verwaltung gestalten, wie dies z.B. mit der Ombudsstelle beim Jobcenter Dresden bereits gelingt?

Die Einrichtung der Ombudsstelle beim Jobcenter geht auf eine Initiative der GRÜNEN Fraktion zurück. Die Erfahrungen sind positiv und zeigen, dass die Schaffung direkter Ansprechpersonen in Verwaltungen hilft, Konflikte zu vermindern. Dieses Prinzip wollen wir auch in anderen Bereichen etablieren, z.B. durch die Schaffung einer Bürgervertretung gegen Diskriminierung. Wir werden dafür sorgen, dass alle von den Bürger*innen in Anspruch genommenen Dienstleistungen der Verwaltung vor Ort durch die Bürgerbüros angeboten und erledigt werden. Deshalb wird es mit uns auch keine weitere Schließung von Bürgerbüros geben. Wir werden vielmehr allen Bürgerbüros ausreichend Personal zur Verfügung stellen, um attraktive Öffnungszeiten für die Bürger*innen zu ermöglichen. Ebenso wollen wir durchsetzen, dass Bürger*innen bei Behördengängen eine Kinderbetreuung angeboten bekommen.

Wir unterstützen den Ausbau von Schuldner*innen-Beratungsstellen.

1. Welche sozialpolitischen Schwerpunkte setzen Sie für die nächsten 5 Jahre?

Unser Ziel ist, allen Mitgliedern unserer Gesellschaft ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen. Unsere sozialpolitischen Schwerpunkte liegen deshalb auch in den kommenden 5 Jahren darin, denen zu helfen, die sich nicht (mehr) selbst helfen können und die zu unterstützen und zu fördern, die unserer Unterstützung bedürfen. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Kinder in unserer Stadt und ihre Familien.

2. Thema Wohnen

Bedarf es des sozialen Wohnungsbaus in Dresden und wenn ja, wie viele Sozialwohnungen will Ihre Partei in Dresden pro Jahr bauen und mit welchen Mitteln? Wie viele davon werden barrierefrei sein?

Dresden benötigt einen gewissen Anteil an Sozialwohnungen, um nach dem Auslaufen der Belegungsrechte bei der Vonovia 2036 als selbstbewusster Verhandlungspartner auftreten zu können. Die jetzige Fokussierung allein auf den Sozialwohnungsbau kann aber nach unserer Überzeugung die Wohnungsproblematik unserer wachsenden Stadt nicht lösen.

Was planen Sie bezüglich der Belegungsrechte, wenn die Bindungsfrist bei der VONOVIA ausläuft?

Wir werden mit den wichtigsten Akteuren am Dresdner Wohnungsmarkt erneut über Belegungsrechte verhandeln. Ein angemessenes eigenes Portfolio an Sozialwohnungen kann bei diesen Verhandlungen nur hilfreich sein.

Was beabsichtigen Sie gegen steigende Mieten zu tun?

Gegen flächendeckend steigende Mieten hilft nur massiver Neubau, da die Mieten ja nichts anderes sind, als das Ergebnis von Angebot an und Nachfrage nach Wohnraum in einem begrenzten Areal. Dresden hat durchaus noch Potenzial, seinen Wohnungsbestand innerhalb der Stadtgrenzen deutlich zu steigern. Allerdings wird das nicht unbegrenzt funktionieren. Gleichzeitig steigen mit Abnahme der bebaubaren Flächen auch die Preise derjenigen, die noch bebaubar sind. Insofern ist es auch im Interesse unserer Stadt, die Kooperationen mit dem Umland weiterzuentwickeln und vor allem die Verkehrsverbindungen zu den umliegenden Mittelzentren deutlich auszubauen.

3. Sozialer Zusammenhalt

Was planen Sie für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu tun, u.a. auch um der Konzentration von prekären Milieus in einzelnen Stadtteilen entgegenzuwirken?

Einer unserer wichtigsten Kritikpunkte am Agieren der WiD-GmbH war ja, dass diese durch massive Konzentration von Wohnungen für besondere Bedarfsgruppen in bestimmten Stadtteilen deren Probleme noch verschärft. Wir sind froh, dass der massive Neubau solcher Wohnungen in der Johannstadt (Florian-Geyer-Straße) gemeinsam mit der Bürgerschaft verhindert werden konnte. Der Neubau von städtischen Sozialwohnungen darf nicht dazu beitragen, dass problematische Wohnviertel entstehen. Diese Wohnungen sind in allen Stadtteilen zu bauen bzw. bereitzustellen. Bereits mit Problemen belastete Stadtteile wollen wir durch ganze Maßnahmbündel – von Sozialarbeit über städtebauliche Aufwertung bis zu kompromissloser Kriminalitätsbekämpfung – unterstützen und somit perspektivisch für alle Bevölkerungsgruppen wieder attraktiv machen.

Welche Maßnahmen sind für Sie wichtig, um Zugewanderte und Alteingesessene miteinander ins Gespräch zu bringen?

Die beste Integration findet in der Schule und am Arbeitsplatz statt. Die Dresdner sind weltoffene und freundliche Menschen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass die Alteingesessenen ehrlich um Integration bemühte Zuwanderer ebenso freundlich willkommen heißen. Die Vielzahl an Initiativen, die dazu in den letzten Jahren entstanden sind, leisten dazu einen wichtigen Beitrag.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist nach unserer Überzeugung hier auch zielführender als staatliche Förderung.

Welche Einrichtungen, Angebote und Maßnahmen für Menschen mit psychischen Erkrankungen wollen Sie weiterhin fördern bzw. neu schaffen, um diesen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und deren Stigmatisierung entgegen zu wirken?

Siehe dazu die Antworten auf Fragekomplex 4.

4. Soziale und kulturelle Teilhabe

Wird Ihre Partei sich für das Sozialticket in seiner jetzigen Form und Ausgestaltung einsetzen?

Wie auch die vielen Jahre zuvor, werden wir natürlich am Sozialticket festhalten und es weiterhin den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen. Dabei werden wir aber auch immer darauf achten, dass daraus keine Benachteiligungen von Menschen kurz oberhalb dieser Einkommensschwelle erwachsen. Das Sozialticket soll finanziell schlecht gestellte Menschen entlasten – unabhängig davon, wodurch die schlechte finanzielle Situation bedingt ist. Es soll aber nicht dazu dienen, Menschen, die sich selbst aus dieser Situation befreien wollen, zu demotivieren oder gar zu benachteiligen.

In welcher Weise werden Sie die Entwicklung des Angebots

- an individuellen Beratungen,
- soziokulturellen Treffpunkten,
- Sport- und Bewegungsmöglichkeiten sowie
- zur Teilhabe an den Kulturangeboten Dresdens für Menschen mit geringem Einkommen fördern?

Wird es mit Ihrer Partei eine Weiterentwicklung des Dresden-Passes hinsichtlich des Angebotes geben?

Dazu gibt es bereits eine Vielzahl an Angeboten. Mögliche Erweiterungen oder Ausweitungen werden wir anlass- und bedarfsbezogen prüfen. Alles weitere: Siehe oben.

5. Demokratiebildung und Bürgerbeteiligung

Was werden Sie tun, um die Demokratiebildung in Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung zu fördern?

Demokratiebildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass es hier mitunter noch Defizite gibt. Dies rückt auch die bisherigen Akteure der Demokratiebildung ins Blickfeld. Wir werden evaluieren, wodurch die erkannten Defizite bedingt sind und ob eine Verbreiterung des Anbieterfeldes hier Abhilfe schaffen kann. Darüber hinaus werden wir mit allen Beteiligten über eine Wiedereinführung der Demokratieklausele diskutieren.

Wie werden Sie Bürgerbeteiligung, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, ermöglichen?

Demokratie lebt davon, dass sich alle Bevölkerungsgruppen und –schichten beteiligen. Insofern ist es bereits ein generelles Anliegen, Bürgerbeteiligungsformen zu finden, die eine möglichst breite Beteiligung zulassen. Die Digitalisierung bietet dazu spannende Ansätze. Aber auch ohne Digitalisierung sollte man darauf achten, keinen Veranstaltungsbeginn zu wählen, der es Arbeitnehmern unmöglich macht teilzunehmen, keine Veranstaltungsdauer zu wählen, die es Alleinerziehenden unmöglich macht teilzunehmen, keine Orte zu wählen, die es mobilitätseingeschränkten Personen unmöglich machen teilzunehmen, usw. usf.

Wie werden Sie eine bürgernahe Verwaltung gestalten, wie dies z.B. mit der Ombudsstelle beim Jobcenter Dresden bereits gelingt?

Verwaltung ist kein Selbstzweck sondern Verwaltung ermöglicht die effektive und effiziente Lenkung eines Gemeinwesens. Ohne dieses Gemeinwesen wäre auch Verwaltung gegenstandslos. Oder griffiger ausgedrückt: Verwaltung hat immer dem Souverän zu dienen. Dies im Alltag den

Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeitern immer wieder nahe zu bringen, ist Aufgabe der Verwaltungsleitung – mithin des Oberbürgermeisters. Der Stadtrat wiederum kontrolliert den Oberbürgermeister. Wir werden dieser Aufgabe auch weiterhin mit Nachdruck nachkommen.

BÜNDNIS FREIE BÜRGER DRESDEN

Bündnis Freie Bürger Dresden e.V. – FREIE BÜRGER

Wählervereinigung

Sehr geehrte Damen und Herren

vom Netzwerk Existenzsicherung und Menschenwürde,

für die Wählervereinigung nehme ich zu ausgewählten Themen Ihres Fragenkatalogs mit folgenden Positionen Stellung:

zu 1.

Aus der Fülle der verschiedenen kommunalen Aufgabenfelder werden wir uns ausgewählten sozialen Themen besonders zuwenden:

- Durch die erfreulich hohe Geburtenzahl leiten wir erstrangige Priorität für die bedarfsgerechte Kinderbetreuung, die Schulentwicklung und die Förderung von Familien und Alleinstehenden mit Kindern ab. Diese „Zukunftsinvestition“ ist für uns eine wichtige Voraussetzung für eine stabile Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung.
- Mit der Forcierung des Baues neuer Wohnungen - einschließlich des sozialen Wohnungsbaus - durch Lückenbebauung und Verdichtung vorhandener Stadträume mit Augenmaß ist die Wohnungsanzahl zu erhöhen.
- Für eine bessere Umwelt und den Naturschutz sind der Erhalt von Parks und Grünanlagen, der Ausbau von Kinderspielflächen und die Förderung des Kleingartenwesens unerlässlich.
- Die Schaffung weiterer Radwege und von verkehrsberuhigten Zonen sowie die Sanierung von Fußwegen gehört zu den Aufgaben, die unmittelbar für jeden Bürger die Teilnahme am Stadtleben sicherer und kommunalpolitisches Handeln erlebbar machen.

Zu 2.

- Rasantes Dresdner Bevölkerungswachstum braucht jährlich vier- bis fünftausend neue Wohnungen. Durch Lückenbebauung und Verdichtung vorhandener Stadträume mit Augenmaß ist das zu erreichen. Mehr Wohnungen, möglichst ein Überangebot, ist die beste Bremse von Mietpreisteigerungen. Wohnungen bleiben so bezahlbar.
- FREIE BÜRGER setzt nicht nur auf eine Karte. Vorhaben der Wohnungsgenossenschaften, von ansässigen Haus- und Grundeigentümer und der städtische „Wohnen in Dresden“ (WiD) sind vorrangig zu unterstützen. Dabei soll

geförderter Sozialer Wohnungsbau mit jährlich 300 bis 500 Wohnungen einen Beitrag leisten.

- Mietern bei ihren Anliegen und auch Nöten qualifiziert zur Seite zu stehen, dieses dankbare Anliegen des unabhängigen Dresdner Mietervereins wird auch künftig unsere volle Unterstützung finden.

Zu 3.

- Der demographische Wandel und die Flüchtlingskrise, deren Zeugen wir sind, verändert unsere Stadtgesellschaft schneller als erwartet. Als aktive Stadtgesellschaft gilt es von diesen unterschiedlichen Potenzialen und Ressourcen in unserer Stadt zu profitieren.
- Das solidarische Miteinander - füreinander von Ortsansässigen und Zugezogenen hat einen hohen Stellenwert. Deshalb wollen wir das künftige Zusammenleben in Dresden aktiv mitgestalten und wenden uns entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung.
- Der Aufwertung der Stadtteile als engere lebendige soziale, kulturelle und sportliche Heimat und das Miteinander von Jung und Alt, von Einheimischen und Zugezogenen kommt besondere Bedeutung zu.
- Die sich mit den Stadtbezirksbeiräten und deren Finanzbudget ergebenden Möglichkeiten einer zielgenaueren Förderung örtlicher Maßnahmen sehen wir als einen weiteren auszubauenden Weg an, um Angebote für die Menschen auszubauen und vorhandene Kritikpunkte abzubauen.

Zu 4.

Das Sozialticket hat sich bewährt (der Unterzeichner hatte selbst als damaliger Vorsitzender der Wählervereinigung maßgeblich die Einführung mit vorangetrieben). Künftig sind noch mehr gezielte Maßnahmen für Familien und Alleinstehende mit Kindern anzubieten. Gleiches gilt für den Dresden-Pass.

Zu 5.

- Es kommt uns darauf an, zu den in den Räten behandelten Themen Positionen zu beziehen und für Bürgerbeteiligung einzutreten. Informationsveranstaltungen zu Beschlussentwürfen werden ebenso wie Bürgerentscheide als ein wichtiges Mittel zur Bürgerbeteiligung unterstützt und ggf. angeregt.
- Wir setzen uns für eine frühzeitige, umfassende, ehrliche und sachliche Information der Bürgerinnen und Bürger Dresdens zu den Planungen und Vorhaben unserer Stadt

ein. Die Bürgerinnen und Bürger sollen über wichtige Projekte der Stadtentwicklung frühzeitig und umfassend informiert und beteiligt werden.

- Wir stehen dafür, dass die Verwaltung einen hohen Wert auf die Meinung der Bürgerschaft legt und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger in einem konstruktiven Dialog ernsthaft und ergebnisoffen in ihre Entscheidungen einfließen lassen.
- Wir stehen für eine uneigennützig, klientelfreie und bürgernahe Entscheidungsfindung, die auf die Integration aller Bürger, der Stadtbezirke und Ortschaften gerichtet ist.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Schnuppe

Vorstand und Pressesprecher